

Gemeinderatsbericht vom 26.05.2021

Wahl eines Gemeinderats zur Verpflichtung des Bürgermeisters auf die 3. Amtsperiode

Herr Bürgermeister Sprenger wurde am 14.03.2021 für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt. Der Gemeinderat wählte die stellvertretende Bürgermeisterin Kerstin Kipp um seine Verpflichtung für die 3. Amtsperiode vorzunehmen.

Verpflichtung des Bürgermeisters auf die 3. Amtsperiode

Frau Kipp verpflichtet Herrn Bürgermeister Sprenger mit folgenden Worten auf seine 3. Amtsperiode (01.06.2021-31.05.2029):

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Schömberg gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Herr Landrat Pauli gratulierte dem Bürgermeister und wünschte für die verantwortungsvolle Aufgabe als Bürgermeister und Verbandsvorsitzender eine glückliche Hand. Der Landrat nutzte die Gelegenheit die aktuell landesweit hohen Inzidenzzahlen im Zollernalbkreis zu erläutern und mögliche Gründe dafür zu benennen..

Herr Bürgermeister Sprenger bedankte sich für die Verpflichtung und die anerkennenden Worte und erklärte, dass er sich auf die gemeinsame wichtige Arbeit freue, die in der nächsten Amtsperiode zu erledigen sein wird. Dabei setze er auf einen von Offenheit und Vertrauen geprägten Stil im Gemeinderat.

Bürgerfragen

Von den anwesenden Zuhörern wurden keine Fragen gestellt.

Baugesuche und Bauangelegenheiten

Folgenden Baugesuchen erteilte der Gemeinderat das Einvernehmen:

- Im Grund 36, Schömberg -Neubau Einfamilienhaus mit Doppelgarage
- Brühlstr. 1, Schömberg -Neubau Carport
- Mörikestr. 7, Schömberg -Anbau Garage an Wohnhaus
- Schillerstr. 2, Schömberg -Nutzungsänderung Kiosk mit Fensterverkauf
- Wolfhag 3, Schömberg -Neubau Einfamilienhaus mit Doppelgarage
- Dautmerger Str. 9, Schömberg -Anbau Außenaufzug
- Zeppelinstr. 26, Schömberg -Neubau Halle mit Werkstatt, Büro-und Aufenthaltscontainer, Lagerplatz, LKW-Stellplätze

Bebauungsplan „Neuhausstraße 4“, Schörzingen – beschleunigtes Verfahren § 13a BauGB

Auf dem Grundstück Neuhausstraße 4 ist der Neubau eines Wohnhauses geplant. Um das Gebäude wie geplant mit 3 Vollgeschossen bauen zu können, ist ein entsprechender vorhabenbezogener Bebauungsplan erforderlich. Das Planungsbüro SSW aus Ludwigsburg hat einen Bebauungsplanentwurf für das Grundstück Neuhausstraße 4 entwickelt und stellte diesen in der Sitzung vor. Der Gemeinderat stimmte dem Entwurf zu und beschloss als nächsten Schritt die öffentliche Auslegung und förmliche Behördenbeteiligung vorzunehmen.

Verlängerte Veränderungssperre für das geplante Baugebiet „Egerten“

Schon seit 2 Jahren gibt es das Bestreben im Bereich Egerten ein neues Wohnbaugebiet auszuweisen. Aus diesem Grund wurde für den dortigen Bereich am 06.06.2019 eine Veränderungssperre erlassen. Da mit vielen Grundstückseigentümern bisher keine Einigung über den Verkauf der benötigten Flächen erzielt werden konnte, ist das Bebauungsplanverfahren noch nicht vorangekommen. Der Gemeinderat beschloss deshalb die Veränderungssperre um ein Jahr zu verlängern.

Bauplatzvergabe Grund – 4 zurückgegebene Bauplätze

Für die neu erschlossenen Bauplätze im Baugebiet Grund gab es viel mehr Bewerber als Bauplätze. Die Zuteilung der Bauplätze erfolgte dann gemäß der Vergaberichtlinie, teilweise wurde zwischen verschiedenen Bewerbern gelost. 4 Bewerber, denen ein Bauplatz angeboten werden konnte, haben nun ihren Verzicht erklärt, so dass diese Bauplätze bisher nicht bedienten Bewerbern angeboten werden können.

Anschaffung Bagger für städtischen Bauhof

Nachdem sich der frühere Bauhofleiter jetzt im Ruhestand befindet, kann der Bauhof nicht mehr dessen Bagger für städtische Arbeiten gegen Kostenersatz nutzen..

Daher muss nun ein Bagger für den Bauhof beschafft werden. Die Verwaltung hat mehrere Angebote eingeholt. Das vom Bauhof bevorzugte Gerät, ein EZ 36 Wacker für 40.163 €, ist ein Gebrauchsfahrzeug.

Vor einem Kauf werden deshalb noch Fragen zu den Betriebsstunden und der Dauer der Garantiegewährung geklärt.

Wahl von 4 Stadträten in die Jury „Entwicklung Bahnhofsbereich“

Über die zukünftige Nutzung des Bahnhofsbereichs soll unter Beteiligung der Bevölkerung entschieden werden. Dazu wird demnächst die Möglichkeit geschaffen, Vorschläge bei der Stadtverwaltung einzureichen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass eine Jury dann eingehende Vorschläge bewerten wird. Von Seiten des Gemeinderates werden die Herren Josef Rohrmoser, Walter Schempp, Stephan Plescher und Dieter Netzer in der Jury vertreten sein. Über die 10 weiteren Mitglieder der Jury wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Leader Kulisse Oberer Neckar

Der Gemeinderat beschloss auf eine Teilnahme am europäischen Förderprogramm Leader in der nächsten Förderperiode zu verzichten.

Taubenplage im Städtle

Im Bereich der Altstadt leben sehr viele Tauben. Um die Population zu kontrollieren würde sich die Einrichtung eines Taubenschlags anbieten, entweder im Dachgeschoss eines Hauses oder in einem Taubenturm. Es ist jedoch nicht ganz einfach einen geeigneten Standort zu finden.

Eine weitere Möglichkeit wäre einen Falken fliegen zu lassen der die Tauben verscheucht.

Die Stadtverwaltung wird dem Gemeinderat zu beiden Optionen Vorschläge ausarbeiten.

Außerplanmäßige Ausgaben wegen Corona

Die Stadt Schömburg musste im Jahr 2021 bereits über 20.000 € für Corona-Tests und andere mit Corona zusammenhängende Maßnahmen aufwenden.

Voraussichtlich wird sich dieser Betrag noch deutlich erhöhen, das Land Baden-Württemberg hat jedoch eine Erstattung eines Großteiles der Kosten zugesagt.

Gleichzeitig ist die Stadt durch Corona jedoch auch von Einnahmeausfällen betroffen. Der Gemeinderat hat eventuell entstehenden Mehrkosten zugestimmt und festgestellt, dass aktuell kein Bedarf für die Erstellung eines Nachtragshaushaltes besteht.

Verschiedenes, Bekanntgaben und Anfragen

Bürgermeister Sprenger berichtete, dass die von Anwohnern beantragte Widmung der Straße „Lachen“ als Spielstraße von anderen Anwohnern vehement abgelehnt wird. Die Situation wird nun zunächst im Rahmen einer Verkehrsschau geprüft.

Die eigentlich steigenden Holzpreise kommen laut Forstamt bisher nicht bei den Waldeigentümern an, weshalb die Stadt den Einschlag im städtischen Wald weiterhin auf dem bislang beschlossenen Niveau beibehält.

Weiter verdeutlichte Bürgermeister Sprenger die Dringlichkeit einer umfassenden Sanierung des Rathauses mit dem Hinweis auf die Stromkosten in den ersten 3 Monaten des Jahres. Diese belaufen sich aufgrund der Nutzung einer alten Elektroheizung und einer fehlenden Wärmedämmung auf über 3.800 € allein in den Monaten Januar – März 2021.

Aus dem Gemeinderat wurde kritisiert, dass das Baugerüst am ehemaligen Bajazzo eine Verkehrsgefährdung darstellte.

Außerdem gab es Rückfragen zum Stand beim alten Bahnhofgebäude. Die Verwaltung konnte berichten, dass bereits ein Notartermin für den Verkauf geplant ist und in der nächsten Sitzung ein Baugesuch bezüglich der Sanierung behandelt werden wird.